

TUD-Positionspapier

Sicherheitsrelevante Forschung an der Technischen Universität Dresden

(gem. Senatsbeschluss am 8. 7. 2026)

Präambel

Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen Europas und Deutschlands haben sich grundlegend verändert. Militärische Aggression, hybride Bedrohungen und der gezielte Angriff auf kritische Infrastrukturen gefährden mittelbar unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. In dieser Situation will die TUD ihren Beitrag zum Schutz der Würde des Menschen und der unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt leisten (vgl. GG Art. 1, Absatz 1 u. 2). Genau in diesem Sinne begreift die TUD sicherheitsrelevante Forschung als Teil ihres institutionellen Auftrags. Sie orientiert sich dabei am Leitbild einer friedlichen, demokratischen, sozialen und nachhaltigen Gesellschaft. In unserem Verständnis dient sicherheitsrelevante Forschung dem Schutz von Menschenleben und reicht vom zivilen Bevölkerungsschutz über die Sicherung unserer kritischen Infrastrukturen, demokratischer Institutionen und Krisenvorsorge bis hin zu technologischen Entwicklungen mit Bedeutung für die militärische Verteidigung.

Die TUD begegnet den hiermit verbundenen Risiken verantwortungsbewusst und mit klaren Prozessen. Sie stellt institutionelle Rahmenbedingungen bereit, die eine verlässliche und rechtssichere Durchführung sicherheitsrelevanter Forschung gewährleisten. Wir verbinden auf diese Weise wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn mit ethischer Reflexion und gesellschaftlicher Verantwortung.

Das vorliegende Papier ist eine Standortbestimmung in einer dynamischen nationalen und weltpolitischen Situation. Es positioniert die TUD in der laufenden wissenschafts- und forschungspolitischen Debatte zur Rolle von Wissenschaft in Fragen von Sicherheit, Resilienz und technologischer Souveränität und ist eingebettet in einen kontinuierlichen universitären Diskussionsprozess zu sicherheitsrelevanter Forschung.

1. Veränderte Sicherheitslage

Was lange als selbstverständlich galt, steht heute zur Disposition: Völkerrechtswidrige Angriffskriege, die gestiegene Bedeutung zwischenstaatlicher Konflikte, der Zerfall etablierter Bündnisse und Allianzen sowie das damit verbundene Ringen um technologische Souveränität haben nachhaltigen Einfluss auf die Lage Europas und Deutschlands. Zugleich sind die existenziellen Lebensgrundlagen von Gesellschaften – Wasserversorgung, Energieinfrastruktur, Nahrungsmittelversorgung, digitale Kommunikationsnetze – durch zunehmend hybrid ausgetragene Konflikte unmittelbar bedroht.

Diese Entwicklungen sind Ausdruck einer Bedrohung der liberalen Demokratien und so auch der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unseres Landes, deren Grundwerte heute offen in Frage gestellt werden. Als staatliche Universität wollen wir zum Schutz dieser Grundordnung beitragen. Darüber hinaus – und nicht minder zwingend – verteidigen wir so unser institutionelles Selbstverständnis, das geprägt ist von Wissenschaftsfreiheit, universitärer Autonomie und internationaler Kooperation in Forschung und Lehre. Sie sind keine bloßen Begleiterscheinungen, sondern Wesensmerkmale einer Universität, wie wir sie verstehen. Wo diese Ordnung erodiert, erodiert die Universität mit ihr. Deshalb sehen wir uns aufgerufen, für die Resilienz unseres demokratischen Gemeinwesens einzutreten.

2. Grundsätze sicherheitsrelevanter Forschung an der TUD

Für uns als Universität bedeutet das konkret: Unter Wahrung hoher wissenschaftlicher und ethischer Standards tragen wir in Forschung, Lehre und Transfer dazu bei, Menschenleben zu schützen, die

freiheitliche demokratische Grundordnung zu verteidigen, strategische Abhängigkeiten abzubauen, die Angreifbarkeit kritischer Infrastrukturen zu verringern und die Widerstandsfähigkeit unserer demokratischen Institutionen zu stärken. Nachhaltige Sicherheit wird nicht allein durch militärische Verteidigungsfähigkeit erreicht, sondern erfordert genauso die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Ursachen von Konflikten wie sozialer Ungleichheit, Ressourcenknappheit und Klimawandel.

Die TUD stellt sich der Frage, wie sich Wissenschaft verantwortungsvoll mit sicherheitsrelevanten Themen befassen kann. Sicherheitsrelevante Forschung wird an der TUD wie folgt verstanden: Sie umfasst Forschung, die zur Resilienz von Gesellschaft, Infrastruktur, Wirtschaft und Staat beiträgt – vom zivilen Bevölkerungsschutz und Krisenvorsorge über den Schutz kritischer Infrastrukturen und Fragen der Cyber- und Informationssicherheit bis hin zu technologischen Entwicklungen mit Bedeutung für die Verteidigung und den Schutz von Menschenleben. Dieses weite Verständnis sicherheitsrelevanter Forschung umfasst bevorzugt zivile und friedensorientierte Ansätze, aber auch die Dimension der militärischen Verteidigung von Sicherheit.

Grundlagenforschung in Bereichen wie beispielsweise der Künstlichen Intelligenz, Quantencomputing und -kommunikation, Antriebstechnik oder synthetischer Biologie, entfaltet ihre Wirkung in zivilen wie in verteidigungsrelevanten Anwendungsfeldern: in der Gesundheitsversorgung, im Umweltschutz, bei der Steigerung der Energieeffizienz oder in der digitalen Bildung. Sicherheitsrelevante Forschung, in diesem Sinne, ist an der TUD also kein isoliertes Feld, aber auch kein einseitig priorisiertes, sondern findet sich in der Breite unserer disziplinären und interdisziplinären Forschungsaktivitäten.

3. Rahmenbedingungen sicherheitsrelevanter Forschung an der TUD

Sicherheitsrelevante Forschung ist mit Risiken verbunden, wie zum Beispiel möglicher Einschränkung von Wissenschaftsfreiheit, Herausforderungen im Kontext internationaler Kooperationen oder gar der völkerrechtswidrigen Verwendung von Forschungsergebnissen. Die TUD nimmt kritische Perspektiven auf diese Risiken ernst und berücksichtigt sie in ihrer institutionellen Praxis. Ziel ist es, sicherheitsrelevante Forschung zu ermöglichen, zugleich ihre Risiken wirksam zu begrenzen und die Rückbindung an den Schutz unserer Verfassung sicherzustellen. Leider hilft die Kategorisierung als ‚dual use‘ – entgegen ursprünglicher Hoffnung – hier wenig, da eine klare und einmalige Unterscheidung in nützliche und schädliche Forschung ebenso wenig möglich ist, wie die Unterscheidung zwischen angriffs- und verteidigungsbezogenen Anwendungen. Daher ist es unumgänglich, auf der Grundlage der hier formulierten Grundsätze Einzelfallentscheidungen zu treffen, welche Forschung an der TUD stattfinden soll. Dies schließt die Abwägung ein, welchen Zwecken die Forschung voraussichtlich dienen wird. Dafür wurde an der TUD die Kommission Verantwortung in der Wissenschaft (KVW) eingerichtet.

Die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre bildet die Grundlage wissenschaftlichen Handelns an der TUD. Mit dieser Freiheit geht jedoch auch Verantwortung einher: Jedes Mitglied der TUD entscheidet selbst, ob es sich an sicherheitsrelevanter Forschung beteiligen will und falls ja, wie es Risiken und mögliche Folgen der eigenen Arbeit einordnet. Die TUD stellt für solche Abwägungen unterstützende Strukturen und Rahmenbedingungen bereit. Die Durchführung sicherheitsrelevanter Forschung darf an der TUD nicht die Offenheit des Campus einschränken. Die TUD präferiert im Bereich der sicherheitsrelevanten Forschung die Förderung durch öffentliche Drittmittelgeber mit demokratischer Legitimation gegenüber industrieller Förderung. Die KVW unterstützt besonders, aber nicht nur, bei Projekten mit industrieller Förderung im Hinblick auf die ethische Bewertung und Risikoeinschätzung. Die Überprüfung der Einhaltung von Exportkontrollregelungen sichert die Einhaltung rechtlicher Vorgaben. Maßnahmen der Informationssicherheit schützen sensible Forschungsdaten und wissenschaftliche Infrastrukturen. Zur Bündelung von Aktivitäten richtet die TUD eine Vernetzungsplattform für sicherheitsrelevante Forschung ein – als zentrale Anlaufstelle für Information, Orientierung und Austausch. Diese Strukturen gewährleisten, dass sicherheitsrelevante Forschung an der TUD verlässlich, transparent und rechtssicher stattfindet.

Unser Anspruch ist es, wissenschaftliche Freiheit, gesellschaftliche Verantwortung und institutionelle Handlungsfähigkeit in Balance zu halten – als reflektierte und wirkungsfähige Universität in einem sich wandelnden sicherheits- und wissenschaftspolitischen Umfeld.